

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE !

Karl Liebknecht

DER SPARTAKIST

ORGAN DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS

Nr. 12 - Oktober 1946

Preis 1,- S

GEGEN HUNGER UND NOT - MASSENKAMPF DER ARBEITER !

Die seit einigen Wochen wieder ansteigende Streikkurve zeigt den zunehmenden Widerstand der Arbeiter gegen die steigende Verelendung. Die völlig unzureichenden Lebensmittelaufäufe, die ein langsames Verhungern bedeuten; das immer mehr zunehmende Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen, das es vielen Arbeiterfamilien bereits verwehrt, sich auch nur die Hungerrationen zu kaufen; und die Beibehaltung der Nazilohnsteuer, welche die da und dort vorgenommenen Lohnerhöhungen illusorisch machen - das sind jene drei Punkte, an denen die kapitalistische Rauboffensive gegen die Massen besonders sichtbare und unverschämte Formen angenommen hat. Die Kapitalisten wollen die Kosten ihres verlorenen Krieges auf die Massen abwälzen; der verfaulende Kapitalismus soll noch einmal "sanziert" werden: darum müssen die Massen hungern und obendrein dafür noch zahlen.

Die Arbeiter haben begonnen, sich zur Wehr zusetzen. Sie fühlen, daß jener Punkt erreicht ist, von dem an jedes weitere Mehr an Not zum physischen Zusammenbruch der Arbeiterklasse führen muß. Sie sehen, daß alle Versprechungen der Regierung auf eine Besserung der Lage im Herbst sich als ein Betrugsmanöver erwiesen haben. Sie wollen als Ausweg aus dieser Lage den wirklichen, ernsthaften Kampf. Das zeigen alle Betriebsversammlungen, alle von den Betriebsarbeitern beschlossenen Resolutionsen, alle Konferenzen. Die Arbeiter sind kampfgewillt, und sie verlangen nun vom Gewerkschaftsbund, sie verlangen von den "Arbeiter"parteien das Signal zum Kampf.

- - -

XX

INHALTSVERZEICHNIS:

Gegen Hunger und Not - Massenkampf der Arbeiter!	S. 1
Italien - ein Herd der Revolution.	S. 5
Kapitalistische Verstaatlichung und Proletariat.	S. 7
Vor einer neuen "Wendung" der Stalinpartei?	S. 11
Ein Schritt vorwärts.	S. 15

Wie reagieren SP und Stalinpartei auf den steigenden Druck der Massen? Nun, wie es von ihnen nicht anders zu erwarten war und ist - sie weichen den Kampf aus!

Am 2.10. fand eine Konferenz der sozialistischen Betriebsräte Wiens statt, in der diese durchgehend eine sehr scharfe Sprache führten und die Einlösung der vor Monaten gegebenen Versprechen verlangten. Zur Zeit der ersten allgemeinen Betriebsrätekonferenz im heurigen Frühjahr konnte die Gewerkschaftsbürokratie die zunehmende

Streikwelle abfangen und die Arbeiter an der Stange halten mit der Erklärung, die Arbeiter mögen ihre Kraft nicht in "wildem" Streiks verzetteln, da der Gewerkschaftsbund eine grosse allgemeine Aktion vorbereitet - die dann nicht kam. An dieses Versprechen erinnerten nun die Betriebsräte. Es zeigte sich jedoch auch hier, daß eine die Forderungen der Arbeiter sammelnde, ihrer Willensmeinung Ausdruck gebende, ihre Kritik in positive Kampflosungen zusammenfassende Kraft fehlt, die sich zum Generalsprecher der Wünsche und Ansichten der Arbeiter macht, den Kampf aufnimmt und ihn auch tatsächlich führt. Wäre auf dieser Konferenz eine wenn auch kleine revolutionäre Gruppe aufgetreten, welche die Forderungen der weitaus überwiegenden Mehrheit der Betriebsräte in einer Resolution, mündend in der Forderung des sofortigen Generalstreiks der Konferenz vorgelegt hätte, dann hätten wir tags darauf zumindest in Wien den Generalstreik gehabt, oder die SP-Bürokraten wären in offenen Konflikt mit der Arbeiterschaft gekommen. So aber war es diesen möglich, die Betriebsräte auf die eine Woche später stattfindende neuerliche Konferenz zu verträsten. Diese ist nun ebenfalls vorbei, doch statt der geforderten Parole zum Kampf gibt die SP den Arbeitern - eine papierene Resolution, in der die Forderungen der Arbeiter ein übriges Mal "gefordert", gleichzeitig aber auch klar und unzweideutig ausgesprochen wird, daß die SP nicht im Traum daran denkt, für diese Forderungen die Arbeiter zu mobilisieren.

Die SP verlangt von den Arbeitern, sie sollen "den Kampf der sozialistischen Abgeordneten im Parlament für diese Forderungen unterstützen". Vortrefflich! Die Arbeiter sollen die SP beim Wort nehmen, von ihr die Enthaltung des ausserparlamentarischen Massenkampfes zur Unterstützung der sozialistischen Abgeordneten im Parlament verlangen! Wie wäre es, wenn die SP die proletarischen Massen Wiens vor dem Parlament aufmarschieren liesse, um den Worten ihrer Nationalräte den nötigen Nachdruck zu verleihen, um auf die ÖVP-Abgeordneten einen Druck auszuüben, der diesen Herrschaften zeigt, daß diesmal nicht nur geredet, sondern daß endlich einmal gehandelt wird?. Doch gerade die ausserparlamentarische Massenaktion, d. h. den wirklichen Kampf der Arbeiter in den Betrieben und nötigenfalls auf der Straße will die SP nicht. An Stelle des wirklichen Kampfes will die SP die Arbeiter mit einem parlamentarischen Scheinkampf ablenken. Ein paar Nationalräte werden reden, sich aufregen, jammern, betteln, drohen, vielleicht sogar mit den Pultdeckeln Lärm machen - und sich dann gehorsam von der ÖVP überstimmen lassen, während die Massen weiter hungern, weiter darben, weiter schufteten, weiter "aufbauen" sollen für "unsere" Republik und die Profite der Kapitalisten.

Das tatsächliche Verhalten in den für die Massen so dringenden, so wichtigen, so unaufschiebbaren Fragen zeigt, daß die SP außer einigen Krokodilstränen in der "Arbeiter-Zeitung" über das Elend und außer der Heiserkeit einiger Nationalräte nichts zu riskieren entschlossen ist. Die Klassenzusammenarbeit, die Koalitionspolitik ist die Grundlinie der SP. Die grossen Profite den Kapitalisten, den Spekulanten, den Großschleichhändlern, den Hyänen der Not; angenehme Posten und Pöstchen, mehr oder minder fette Bröcklein vom Tisch der Bourgeoisie dem sozialdemokratischen Lakaien; hübsche Papierchen mit vagen Versprechungen, leere Wechsel auf die Zukunft und das tatsächliche Verhungern in der Gegenwart den Massen: das sind die Ergebnisse dieser Politik. Jede Hoffnung, die SP werde sich vielleicht doch aufraffen, werde wenigstens für die dringendsten Tagesinteressen der Arbeiter den Kampf führen, ist eine törichte Illusion.

isti
Die stalinische "Volkstimme" läßt keinen Tag vorübergehen, an dem sie nicht "eine einheitliche Aktion des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterschaft" fordert. Ebenso wenig unterläßt sie es, für den Hunger

und die Not die Regierung mit Recht verantwortlich zu machen, um gleichzeitig seelenruhig ihren Minister - weiter in eben dieser Regierung sitzen zu lassen. In der Tat: auf der gleichen verräterischen Grundlinie der Koalitionspolitik operierend, unterscheidet sich die Stalinpartei von der SP nur durch die größere Verlogenheit und eine geradezu schamlose Demagogie. In der "Volksstimme" kokettiert sie, wenn auch verschämt, mit den streikenden Arbeitern. Doch in Besprechungen und Konferenzen mit Parteiarbeitern, da kann sie auf einmal ganz anders; da ist sie gegen die Streiks; da bezweifeln die Herrschaften vom ZK die Kampf Stimmung in den Betrieben; da geben sie vor, von einer Radikalisierung der Arbeiterschaft nichts zu bemerken; da werden sie plötzlich voller Bedenken; da beginnen sie tiefsinnige Betrachtungen über das Risiko bei großen Streiks ^{zu} zustellen; da entdecken sie, daß durch eine Streikaktion die Arbeiter sich selbst schädigen; daß der "Aufbau" gestört würde; und daß überhaupt viel besser als Streiks die Schaffung von "Produktions- und Versorgungsausschüssen" sei, in die die Stalinpartei in "demokratischer Konzentration" sich heute schon bereit erklärt hineinzugehen zusammen mit den Vertretern - der "beiden großen Regierungsparteien", die die "Volksstimme" täglich für die Massennot verantwortlich macht.

Die stalinistische Politik ist eine der doppelten Buchhaltung, durch und durch unehrlich. Die Stalinpartei will so wenig wie die SP die Massenaktion der Arbeiter. Den Beweis hierfür hat sie bereits geliefert. Als im Juni die Protestwelle der Arbeiter einem Höhepunkt zueilte, um schließlich im Straßenbahnerstreik zu gipfeln, was tat sie da, was machten ihre Gewerkschafts "führer"? Sie trat abseits und schwieg, während ihre Gewerkschafter sich im Schweiß ihres Angesichts bemühten, die Arbeiter zu beruhigen und wieder an die Arbeit zu bringen!

Gleich der SP steht die Stalinpartei auf der Koalitionslinie. Doch auf dieser Linie kann man den Arbeitern nicht helfen, kann man sie nicht in den Kampf führen. Die Interessen der Arbeiter und die der Kapitalisten sind absolut entgegengesetzt. Den Massen kann wirklich geholfen werden nur auf Kosten der Kapitalisten; die Kapitalisten können den verwesenden Kapitalismus sanieren nur auf Kosten der Massen. Selbst der Kampf für die unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen der Massen setzt den Bruch mit der Bourgeoisie voraus. Jede Politik, die vorgibt, die Interessen der Massen zu vertreten und gleichzeitig mit der Bourgeoisie und ihrer Partei zusammenarbeitet, ist Schaumschlägerei, leere Phrase, Schwindel, Verrat. Gerade eine solche Politik betreiben SP und stalinsche KP. Der Bruch mit diesen Parteien ist darum die erste Bedingung für eine wirkliche ernsthafte Mobilisierung der Massen.

- - -

Die verräterischen Bürokraten beider "Arbeiter"parteien sind natürlich eifrig bemüht, die Schuld für ihre feige Untätigkeit von sich abzuwälzen. Die verschiedensten Umstände werden verantwortlich gemacht. Wir wollen uns nur mit einigen Hauptargumenten, die immer wiederkehren, befassen.

Ein internationaler Kommunist diskutiert mit einem Bürokraten.

Der Bürokrat: Was soll bei einem Generalstreik herauskommen? Wir können doch nicht lange streiken, weil wir nicht soviel Geld haben, um den Arbeitern Unterstützungen zahlen zu können; ein kurzer Streik hätte aber überhaupt keine Wirkung.

Der internationale Kommunist: Die Streikparole an sich ist kein Wunderrezept. Wenn getreikt und dabei gleichzeitig die alte Koalitionspolitik fortgesetzt wird, dann wird der schönste Streik keinen Erfolg haben. Er wird nur erfolgreich sein, wenn er der Beginn, der Auftakt ist zu einer ganzen Kette sich fortwährend steigender Aktionen, d. h. wenn er der Auftakt ist für den Übergang auf die

proletarisch-revolutionäre Klassenlinie. Im Rahmen, im Zusammenhang mit einer solchen Politik wird sich auch ein kurzer Streik als wirksame Waffe erweisen.

Der Bürokrat: Durch eine solche Politik würde der Aufbau der Wirtschaft schwer gestört. Gerade dieser ist die Grundvoraussetzung dafür, den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern. Ein Streik würde vor allem die Arbeiter selbst schädigen.

Der internationale Kommunist: Die entscheidende Frage ist, wieviel von "Aufbau" auf die einzelnen Klassen entfällt. Wenn 800.000 Paar Seidenstrümpfe produziert werden, so zeigt das eine beachtenswerte Höhe des "Aufbaus" in der Textilindustrie an. Wenn die Kapitalisten diese 800.000 Paar ins Ausland exportieren und den Erlös hierfür in Schweizer Banken anlegen, dann entfällt auf die Arbeiter als ihr "Anteil" am "Aufbau" nur die Arbeit und der Hunger! Nicht "Aufbau" an sich, sondern Aufbau für wen, das ist die Frage! Die Koalitionspolitik hilft den Kapitalisten in den Sattel, sichert nur ihnen die Früchte des "Aufbaus". Nur wenn die Arbeiter den Kampf aufnehmen, können sie dieses Verhältnis umkehren.

Der Bürokrat: Sie vergessen, daß wir die alliierten Besatzungstruppen im Lande haben, Solange das der Fall ist, sind uns die Hände gebunden. Was können wir in diesem kleinen Land gegen den Willen der Weltmächte ausrichten?

Der internationale Kommunist: Ihr behauptet doch ständig, daß in England und Frankreich "sozialistische" Regierungen an der Macht seien; und Rußland ist ein Arbeiterstaat. Von den vier Alliierten müßten zumindest also drei als "Sozialisten" die österreichische Arbeiterklasse in ihrem Kampf unterstützen. Wir sehen aber, daß die Alliierten uns nicht unterstützen, sondern unterdrücken; uns nicht helfen, sondern im Verein mit den österreichischen Kapitalisten ausplündern. Gegen die Vorenthaltung unserer demokratischen Rechte müssen wir das Proletariat der Besatzungsmächte zu Hilfe rufen, damit es uns gegen die alliierten Ausplünderer hilft.

Der Bürokrat: Das werden uns die Alliierten verbieten.

Der internationale Kommunist: Wenn uns die internationale Arbeiterklasse hilft, dann werden sie nicht wagen, uns zu "verbieten". Das ist eben der Unterschied: Während ihr auf das Wohlwollen der alliierten Regierungen hofft, wenden wir uns an das internationale Proletariat. Das ist euch "Patrioten" mit eurer Koalitionspolitik unmöglich, das ist nur einer internationalistischen Politik und einer internationalen Partei möglich. Die österreichische Arbeiterklasse muß und wird kämpfen; siegen wird sie nur auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution.

- - -

Der Arbeiterklasse ist zu helfen nur auf Kosten der Kapitalisten. Allein die Kapitalisten geben freiwillig nichts her. Sie sind entschlossen und beweisen uns täglich auf's neue, ihr Eigentum, ihre Privilegien und ihren Profit mit allen Mitteln zu verteidigen. Nicht in Zusammenarbeit, nicht in "demokratischer Konzentration" mit ihnen, sondern nur im harten schonungslosen Kampf gegen sie kann die Arbeiterklasse ihre Lage verbessern, kann sie ihre sozialistischen Ziele verwirklichen. Nicht der parlamentarische Scheinkampf, nur die außerparlamentarische Massenaktion kann die Kapitalisten in die Knie zwingen. Zur Überzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Aktion, eines solchen Kampfes gelangt die österreichische Arbeiterklasse mehr und mehr. Die Arbeiter wollen kämpfen. Es fehlt nur eines, diesen Kampf auszulösen und ihn erfolgreich zu Ende zu führen - die proletarische Klassenführung, die revolutionäre Partei. Diese Führung kann nur eine internationale kommunistische Partei, kann nur eine Partei der IV. Internationale sein!

=====

ITALIEN - EIN HERD DER REVOLUTION.

"Der italienische Imperialismus, der schon vor dem Kriege den Kampf auf Leben und Tod in einer schweren Krise mitmachte, ist infolge der Niederlage und des sich hieraus ergebenden Verlusts seiner Kolonien, seines finanziellen Zusammenbruches und seiner materiellen Verwüstung zu der Stellung eines zweitrangigen Landes zurückgesunken". (Aus "Der neue imperialistische Friede und der Aufbau der Parteien der IV. Internationale"). Diese besondere Lage, wie sie die Resolution der internationalen Konferenz der IV. Internationale charakterisiert, macht Italien unter den allgemeinen Bedingungen der Verelendung, unter denen Europa heute existiert, zu einem revolutionären Herd ersten Ranges.

Italien ist das klassische Land des Massenelends, Auswanderung und imperialistische Raubpolitik waren bisher die Ventile für den Druck der Massen. Diese Ventile funktionieren nun nicht mehr. Der neue "Friedensvertrag" stützt Italien ungefähr auf seine Größe von vor 1914 zu.

Unter dem Druck der Massen, besonders der norditalienischen Industriearbeiter, opferte 1943 die italienische Bourgeoisie ihren Hampelmann Mussolini. Italien stand vor dem Ausbruch einer Revolution. Die italienische Bourgeoisie überließ die Niederwerfung der revolutionären Massen im Norden Hitler, während sie sich mit dem konservativen Süden begnügte. Sie wollte zwei Fliegen mit einem Schläge treffen: Die Revolution sollte sich an den Besatzungstruppen des deutschen Imperialismus die Zähne ausbeißen, während umgekehrt die Revolution Hitlers Verbindungslinien schwächen sollte. Während sich die Armeen Englands und USA's mit dem Vormarsch nach Norden Zeit ließen, sahen sie in der Niederwerfung des Aufstands im Norden ihre dringende Aufgabe: Die Fluggeschwader der Alliierten legten die revolutionären Zentren Genua, Turin und Mailand in Schutt und Asche. Hinter dem Rücken der langsam nach Norden vorrückenden Alliierten "eroberte" die italienische Bourgeoisie eine ihrer Großstädte nach der anderen zurück. Die Armeen Englands und USA's, unter denen sich auch die konterrevolutionäre Söldnertruppe des polnischen Weißgardisten Anders befand, ermöglichten es der italienischen Bourgeoisie, ihre Herrschaft zu konsolidieren. Sie hatte einen Krieg verloren, aber sie war dem revolutionären Sturz entgangen.

Von 1943 an bildeten sich in Norditalien Widerstandsgruppen und Partisanenverbände, die sowohl gegen die Faschisten Mussolinis als auch gegen die Truppen des deutschen Imperialismus kämpften. Ihr Programm war, soweit wir bis jetzt sehen können, ein bürgerlich demokratisches: Kampf gegen den Faschismus, Abschaffung der Monarchie, Bodenreform, Demokratisierung des Staatsapparates.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus brachte den Partisanen eine große Enttäuschung. Die erste Aktion der aus der Emigration zurückgekehrten "Demokraten", die nun zur Macht gekommen waren, war die Entwaffnung der Partisanen. Das ging natürlich nicht von heute auf morgen. Die Partisanen hatten lokale Machtzentren gebildet, in denen sie selbständig enteigneten, Exekutiv- und Verwaltungsorgane aufstellten.

Die Zerstörung dieser Organe der Doppelherrschaft ist der Zentralregierung in Rom bis jetzt, eineinhalb Jahre nach Kriegsende, noch nicht vollständig gelungen. So behaupten sich die "Rebellen" bis heute noch in den Bergen von Asti. Asti ist der Schnittpunkt aller Verkehrswege im großen Dreieck der norditalienischen Industriezentren: Genua, Turin, und Mailand. Die Partisanen halten Verbindungen mit diesen Industriezentren und bekommen von dort ständig Zuzug. Versuche der italienischen Regierung, mit militärischer Gewalt gegen die Partisanenverbände von Asti vorzugehen, scheiterten.

Sie verlegte sich aufs Verhandeln, und die Vertreter der Partisanen wurden nach Rom eingeladen. Die Forderungen der Partisanen sind: 1. Rückgängigmachung des Amnestigesetzes gegen die Faschisten. 2. Einstellung und Belassung der Partisanenkämpfer im Staatsapparat, insbesondere in Polizei und Gendarmerie. 3. Gewährung von Pensionen oder Arbeitsplätzen für die ehemaligen Partisanen. 4. Freilassung und Entschädigung für die Partisanen, die wegen "Requisition von Eigentum" eingekerkert wurden.

Offiziell haben SP und StP jede Verantwortung für die Partisanenbewegung abgelehnt. In einer nichtlichen Sitzung der italienischen Regierung, die sich mit dem Partisanen-Problem befaßte, warnten die Vertreter von SP und StP vor jeder Überschätzung der Partisanenbewegung, -diese würde sich von selbst erledigen. De Gasperi war anderer Ansicht. Er machte die Minister von SP und StP darauf aufmerksam, daß sie einen schweren politischen Fehler begingen, denn die Partisanenbewegung wäre nicht am Ende, sondern am Anfang.

Und De Gasperi hat Recht. Die Partisanenbewegung, an der auch Monarchisten und alle "Antifaschisten" einschließlich SP und StP teilnahmen und die vom englischen und amerikanischen Imperialismus unterstützt wurde, diese Partisanenbewegung hat sich allerdings mit dem Ende des Krieges von selbst erledigt. Aber jener Teil der Partisanenbewegung, der es ernst meinte mit dem demokratischen Programm, hat die wichtige Erfahrung gemacht, daß jedes entscheidende Interesse der Massen auch in der "demokratischen" Republik nur mit der Waffe in der Hand durchgesetzt werden kann. Und dieser Teil hat auch bis heute die Waffen noch nicht aus der Hand gelegt. Diese revolutionäre Partisanenbewegung erledigt sich nicht von selbst, sie steht erst am Anfang ihrer Entwicklung, denn die entscheidendsten Kämpfe stehen erst bevor.

Wer steht hinter der Partisanenbewegung und wer hat die Führung?

Die Nachrichten aus dem Norden Italiens sind sehr spärlich. Die "Volksstimme" und die "A.Z." schweigen fast vollständig darüber. Die bürgerliche Presse beschränkt sich natürlich nur auf "Tatsachen"berichte, in denen die revolutionären Partisanen als Rebellen, Aufständische und sogar als Banditen bezeichnet werden. Aber aus den verschiedenen Nachrichten und den Reflexen, die die Bewegung bei der italienischen Bourgeoisie hervorruft, ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

Klassenmäßig setzt sich die jetzt noch tätige Partisanenbewegung aus den armen Mittelmassen, vor allem Bauernmassen, und dem Proletariat des großen norditalienischen Industriezentrums zusammen. Die Führung liegt in den Händen des Proletariats, wobei es sehr wahrscheinlich ist, daß Anarchisten und Bordigisten zu den aktivsten Kämpfern zählen. Inwieweit die Sektion der IV. Internationale aktiv an den Kämpfen in Italien teilnimmt, konnten wir bis jetzt nicht feststellen. Aber die Internationalen Kommunisten Italiens werden es verstehen, die Zeit zu nützen. Die italienischen Massen, das italienische Proletariat, haben in den letzten Jahren große Erfahrungen gemacht. Und eines ist vor allem wichtig: Die italienische Arbeiterklasse hat seit dem Sturz des italienischen Faschismus noch keine entscheidende Niederlage erlitten. Die italienische Bourgeoisie hat es seit dem Sturze des Faschismus mit den verschiedensten Registern ihrer kapitalistischen Diktatur versucht. Mussolini mußte gehen, Badoglio folgte ihm, die Monarchie erlitt bei der Volksabstimmung eine eindeutige Niederlage, Bonomi mußte gehen und die gegenwärtige Koalitionsregierung steckt in einer schweren Krise. Die Inflation, die Massenarbeitslosigkeit, die Hungersnot, der Landhunger der armen Bauern sind für sie unlösbare Probleme.

Selbstverständlich hängt die Entwicklung der italienischen Revolution ab von der Entwicklung der internationalen Revolution. Diese aber erwächst objektiv der Krise des verfaulenden Weltkapitalismus. Wenn es unsere Genossen in Italien verstehen, in geduldiger, zäher

Arbeit die demokratischen Übergangslösungen der IV. Internationale zu propagieren, während sie an den praktischen Kämpfen teilnehmen, dann wird es ihnen auch gelingen, dem subjektiven Faktor, der internationalen Klassenpartei, jene Kräfte zuzuführen, die er braucht, um in die Kämpfe entscheidend eingreifen zu können. Die Partei des internationalen Kommunismus wird in den laufenden und kommenden revolutionären Kämpfen erstehen. Von ihr allein hängt der Sieg der proletarischen Revolution in Italien ab!

Wir rufen unseren Genossen in Italien zu:

Vorwärts zu einheitlichen Aktionen der Arbeiterklasse gegen Faschismus, Bourgeoisie und Reaktion zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten! Nehmt SP und Stalinpartei beim Worte, zwingt sie zum wirklichen außerparlamentarischen Kampfe für die Verbesserung der Lage der Massen!

Arbeiterkontrolle der Produktion! Das Land jenen die es selbst bebauen! Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes! Aufteilung des Landes an die armen Bauern! Es gibt nur einen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos mit seinem Elend für die Massen: Die proletarische Revolution, die proletarische Diktatur, das Bündnis des revolutionären Proletariats mit den armen Bauernmassen!

Vorwärts zur revolutionären Klassenpartei!

Es lebe das proletarisch-revolutionäre Italien!

=====

KAPITALISTISCHE VERSTAÄTLICHUNG
UND PROLETARIAT.

I.

Unter kapitalistischen Bedingungen führt die Konzentration der Produktion automatisch zum Monopol. Dies ist ein Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Auf einer bestimmten Stufe führt jedoch das Monopol nicht an die Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Staates heran und verschmilzt, identifiziert sich letzten Endes mit diesem. Der Ablauf dieses Prozesses ist ein vollkommen natürlicher, ist doch der Staat die Organisation der herrschenden Klasse. Und diese Organisation richtet sich nicht nur gegen die unterdrückten Klassen, sondern sie nimmt auch das Gesamtinteresse ihrer Klasse wahr gegen Außensteiter der eigenen Klasse, und zw. dort, wo das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse - in diesem Falle die Erhaltung und größtmöglichst profitable Betätigung der Produktionsmittel - in Frage gestellt ist.

Aus dem ergibt sich, daß die Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Staates nicht immer fortschrittlichen Charakter in Sinne des Sozialismus tragen muß. Ausschließlich dort, wo es den Kapitalisten nicht anders möglich war und ist, diese Produktionsmittel in Bewegung zu setzen infolge deren Riesendimensionen wie bei Post, Telegraph, Eisenbahnen, könnte und kann davon gesprochen werden, daß diese Art der Verstaatlichung im Sinne des Sozialismus fortschrittlich war und ist. Jede Ausnahme der Fortschrittlichkeit der Verstaatlichung sind aber heute, in den entwickelten kapitalistischen Staaten, und gültig v o r b e i. (Eine Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahngesellschaften würde heute lediglich deren Konzentration unter den herrschenden Bedingungen bedeuten). Der Monopolismus wächst, nachdem er den freien Markt, die Konkurrenz untergraben und ausgeschaltet hat, immer mehr

in die Verstaatlichung hinein, mit und gegen den Willen der Kapitalisten selbst.

Dieses "Hineinwachsen" ist jedoch durchaus kein allgemeiner Prozeß - das ist unter den gegensätzlichen Bedingungen des Kapitalismus nicht möglich, der neben den Monopolen und der verstaatlichten Industrie auf den Konkurrenzkampf ebensowenig verzichten kann wie auf den Profit - sondern eine Entwicklung, welche dauernd, je nach den Bedingungen wechselt, in einem Lande wieder anders als in dem anderen, zur Verstaatlichung und wieder zurück zur Privatwirtschaft.

II.

Wir wollen diese Gegensätze untersuchen:

Konzerne, Trusts, Monopole, wie die Riesenwerke der heutigen Montan-, Elektrizitäts- usw. Industrie, welche kraft ihrer beherrschenden Stellung Sonderprofite einheimen, unterwerfen die Gesamtkapitalistenklasse ihren monopolistischen Interessen. Sie sind es vor allem, welche im gesamtkapitalistischen Interesse verstaatlicht werden sollen. Es ist klar, daß diesbezüglich die Linksbourgeoisie noch "radikaler" ist und die Banken, Versicherungen usw. ebenso unter der "staatlichen Lenkung" sehen will. Diese Unternehmen dem Gesamtprofit ebenso nutzbar zu machen, wie etwa die Bahn und Post, wo durch die Verstaatlichung enorme Vorteile für die einzelnen Kapitalisten erwachsen, ist der Zweck dieser Methode (siehe die kostenlose Legung von Zufahrtsgleisen etc., Sondertarife, Pauschalen usw. usf., deren Lasten auf die "Allgemeinheit" abgewälzt werden, sei es direkt durch die Erhöhung der allgemeinen Gebühren, sei es indirekt durch die Belastung des Staatshaushaltes und damit der Steuerträger). Die nächste Etappe in dieser Richtung liegt bei der Elektrizität, Kohle und Eisen (zum Teil bereits Versicherungen), als Ausgangspunkt für die kapitalistische Industrie, um sie durch staatliche Lenkung profitabel nutzbar zu machen.

Daß die Verstaatlichung der Monopole nicht allgemein anwendbar ist, sondern nur in inniger Verflechtung und Verfilzung mit der Privatwirtschaft, ist unter kapitalistischen Bedingungen unumgänglich, ist ein Wesenszug des Imperialismus. Denn erstens ist eine Ablösung von Banken, Versicherungs- und Verkehrsgesellschaften, Metall- und Maschinenindustrien usw. durch den kapitalistischen Staat einfach finanziell nicht tragbar. So betragen die Kosten der "Nationalisierung" der wichtigsten französischen Versicherungsgesellschaften allein ca. 8 Milliarden Francs. Die jährliche Verzinsung pro Jahr weitere 240 Millionen Francs; da mit einer Amortisation von 70,9 Millionen Francs pro Jahr gerechnet wird, ist mit Generationen von Rentnern einerseits und ebensolanger Verschuldung der französischen Volkes andererseits zu rechnen.

Zweitens verfügen diese gewaltigen Institutionen über eine derart komplizierte Technik, großangelegte Organisation und Kapitalstärke, welche dem kapitalistischen Staat Widerstände entgegensetzen, die er zu überwinden nur unter schwersten Bedingungen in der Lage ist.

Drittens, und dies ist das Wesentlichste, besteht eben die kapitalistische Ökonomie in dem Nebeneinander- und Ineinanderwirken dieser Kräfte, diesem Spiel der Spekulation, des Risikos, der Konkurrenz, des Profites, wozu noch hinzu kommt, die Verbindung und Verquickung der Finanzoligarchie im internationalen Maßstab.

III.

Auf dem Wege zur "dauernden" Verstaatlichung der Monopole finden wir zahllose Übergänge, Notlösungen, welche das Gesagte nur weiter unterstreichen. Es ist z.B. eine Spezialität der Kapitalisten, bankrotte Privatunternehmungen durch den Staat zu finanzieren, um sie sodann, sobald sie wieder profitabel arbeiten, in private Hände "abzustoßen". "Mögen doch unsere Staatssozialisten", schreibt Lenin, "die sich durch ein schönes Prinzip blenden lassen, endlich einsehen, daß Monopole nie den Zweck und den Erfolg haben, dem Konsum zu nützen oder auch nur dem

Staat Anteil an dem Unternehmervergewinn zu gewähren, sondern nur immer dazu gedient haben, verfallene Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren."

Das "staatlich kontrollierte" Privatmonopol, die vorübergehende "Staatkontrolle" oder "Verstaatlichung" sind Erscheinungen in Zeiten der kapitalistischen Krise, des Krieges, welche dazu dienen, entweder die Produktionskapazität durch Ausschaltung des Konkurrenzkampfes usw., noch weiter zu steigern, oder um diese Industrien, gedeckt durch die schützende Namenänderung, durch die Krise zu lavieren. Tatsächlich gehen diese Unternehmen aus diesen Maßnahmen noch konzentrierter und noch verflochtener mit dem Staat hervor.

In allen Fällen jedoch, bei vorübergehender oder dauernder Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Staates, ebenso wie in den "staatlich kontrollierten" Privatmonopolen, ändert sich nichts an der kapitalistischen Struktur, d. h. an der Erzeugung nach dem Interesse des Profites - der Arbeiter bleibt Lohnarbeiter wie zuvor.

*) *Maßnahmen*

IV.

Die derzeit von den kleinbürgerlichen Verratsparteien propagierte, und zum Teil durchgeführte Verstaatlichung, ist eine mit voller Entschädigung der Kapitalisten. Das Monopolkapital bildet aber heute mehr denn je und in steigendem Maße eine außerordentlich verwickelte, verschachtelte, komplizierte Maschinerie, stellt eine Macht im Staate dar die mit Diplomatie, Geheimverträgen, Bindungen, ist besser orientiert als der Staatsapparat selbst, verflochten mit anderen Kapitalgruppen national wie international. Jeder Eingriff in diese Maschine - wenn er nicht auf der revolutionären Basis der entschädigungslosen Enteignung und der revolutionären Kontrolle beruht - muß äußerst vorsichtig vorgenommen werden und ist unter den kapitalistischen Bedingungen nur mit Hilfe des Eigners selbst möglich, jener "Sachverständigen", welche diese komplizierte Maschinerie beherrschen. Die Kohlengruben Englands z.B. sollen ab Jänner 1947 verstaatlicht werden. Zu diesem Zweck wird England in 8 Kohlenbezirke abgegrenzt mit je einem Verkaufs-, Produktions-, Technischen- und finanziellen Direktor, die die "Pläne für die weitere Entwicklung der Gruben zu besprechen" haben. Die Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Staates muß zwangsläufig den kapitalistischen Eigner als "Sachverständigen", oder, unter welchen Namen immer, "mitübernehmen", ihn als Kapitalist anerkennen, welcher nun, außer der Entschädigung - die er sofort die Möglichkeit hat kraft seiner Verbindungen, in verwandten Unternehmen noch profitlicher anzulegen - als "unentbehrlich", frisch gemauert, seinem Profitinteresse getreu, den "Staatsdienst" antritt. Daß hierbei die Profite erst Recht dahin dirigiert werden können, wohin es den "Sachverständigen" praktisch beliebt, hierfür sprechen die Umstände; höchster Staatsfunktionär, wirtschaftlich- und finanziell Beauftragter, Finanzmagnat und Großaktionär verschmelzen in der Finanzoligarchie. Und nur zu oft wurde bereits durch diese "Bearbeiter" bewiesen, daß verstaatlichte Industrien für den Staat unrentabel arbeiten, während artverwandte Industrien mit Staatshilfe aus dem Boden gestampft wurden.

Andererseits^{*)} ist die "Trennung des Eigentums am Kapital von dessen Anwendung in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich von den Erträgen des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen unmittelbar über das Kapital verfügenden Personen, überhaupt eine Eigentümlichkeit des Kapitalismus. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung eine gewaltige Ausdehnung erreicht." (Lenin). Diese Entwicklung wird durch diese Art der Verstaatlichung wesentlich beschleunigt; dieses wichtige Merkmal wird

von den Opportunisten gänzlich "übersehen". Das Ausmaß der Entwicklung in diesem Prozeß zeigt das Fortschreiten des parasitären Charakters des Imperialismus; immer mehr dominiert der Rentner und die Finanzoligarchie über alle übrigen Formen des Kapitals.

Das typische an der Epoche des Finanzkapitals ist die Verfilzung der privaten und staatlichen Monopole, die einen aber wie die anderen sind in Wirklichkeit bloß Glieder in der Kette des Imperialismus. Innerhalb dieser Kette aber gibt es keinen "Seitensprung" zum Sozialismus, am allerwenigsten aber in der ökonomischen Struktur dieser konzentriertesten Herrschaftsform der Bourgeoisie.

Kraft der kapitalistischen Bedingungen, unter denen eine Verstaatlichung durchgeführt wird, d. h. kraft dessen, daß eine derartige Verstaatlichung lediglich die Kontrolle der gesamten Bourgeoisie stützt, bei gleichzeitig vollen Entschädigung, wird jede derartige Umstellung ein Namenwechsel des Besitzers; der betroffene Industriezweig ein Gesamtmonopol der herrschenden Klasse, was einen weiteren Schritt zur Konzentration der kapitalistischen Produktion bedeutet.

Dies schließt ein, daß mit diesem Schritt weder der Konkurrenzkampf noch die Anarchie der Produktion beseitigt wird - ebensowenig wie Konjunktur und Krise -, sondern daß dieselbe nur auf höherer Ebene und verschärft die Gegensätze des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium zum Ausdruck bringen. 1/ der durch die Entschädigung betroffenen Kapitalisten

V.

Damit erledigt sich jedes Gerede, jede Illusion der Reformisten aller Schattierungen über die Fortschrittlichkeit der Verstaatlichung innerhalb des Kapitalismus. Weder ökonomisch, noch politisch wird hierdurch die Situation im Sinne des Sozialismus vorgetrieben. Es muß daher jedem proletarischen Revolutionär prinzipiell klar sein:

Nicht Verstaatlichung, sondern Sozialisierung der Produktionsmittel muß die Forderung sein. Diese beinhaltet die entschädigungslose Enteignung der großen entscheidenden Produktionsmittel und deren Unterstellung unter die Kontrolle der revolutionären Betriebskomitees, der revolutionären Arbeiterschaft. Dies aber kann nur durchgeführt werden auf der Linie der proletarischen Revolution, der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats durch die revolutionäre Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei.

Um nun die Massenkampfkraft in dieser Frage in die richtige Bahn zu lenken, den Illusionismus bezüglich der bürgerlichen und kleinbürgerlichen "Verstaatlichung" zu zerstören, die kleinbürgerlichen Parteien zu demaskieren, müssen wir zu einer Übergangslösung greifen, welche in dieser Frage lauten muß:

A r b e i t e r k o n t r o l l e d e r P r o d u k t i o n!
Forderung nach von den Belegschaften frei gewählten, von ihr jederzeit absetzbaren Betriebsräten, welche von den Unternehmern unabhängig die Produktionskontrolle durchführen müssen.

Diese Übergangslösung muß verbunden werden mit der revolutionären Propaganda, die den Massen zeigt, daß diese Kontrolle der Produktion nur gesichert werden kann durch die Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse.

=====
N. Lenin: "Das Proletariat kann sich des "Staatsapparates" nicht "benächtigen", ihn nicht "in Gang setzen". Es kann aber alles zerschlagen, was im alten Staatsapparat unterdrückend, verknöchert unverbesserlich-bürgerlich ist, und kann an dessen Stelle seinen eigenen, neuen Apparat setzen. Dieser Apparat sind eben die Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten."
=====

VOR EINER NEUEN "WENDUNG"
DER STALINPARTEI?

Der "kommunistische" Finanzminister Italiens, Scocimarro, gab in Venedig die Erklärung ab, die "Kommunistische" Partei Italiens habe den Beschluß gefaßt, die Regierung zu verlassen und zur Opposition überzugehen, "falls nicht drastische Maßnahmen ergriffen würden, um die schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme energisch zu lösen". Dieser überraschende Beschluß der Stalinpartei, die sich in Italien ebenso wie in allen anderen Ländern im Dreschen nationaler Phrasen gefiel und nicht oft genug ihre Bereitschaft zur Übernahme ihrer Mitverantwortung bei der "demokratischen Erneuerung" zum Ausdruck bringen konnte, soll als Anlaß zu einem Überblick über die "Erfolge" der Stalin'schen Nachkriegspolitik dienen.

Jähe Wendungen sind im Laufe der nun bereits über zwei Jahrzehnte dauernden Herrschaft der Krenkligue zu einer Gewohnheit geworden, die immer als Ausdruck der realistischen Politik vorgespielt wurden und meistens unmittelbar vor der Katastrophe begleitet waren. Die "kommunistischen" Parteien, die seit der Erfindung jener alleinseeligmachenden Theorie des "Sozialismus in einem Land" immer mehr zum getreuen Spiegelbild der jeweiligen Interessen der Stalinbürokratie wurden, taten in diesem Spiel eifrig mit. Auch bei der Lehre des Sozialfaschismus kam die jähe Wendung dann, als die Machtfrage dank dieser Politik bereits gelöst worden war - aber nicht durch das deutsche Proletariat, sondern durch Hitler.

Dem nun folgenden Erstarken der internationalen Reaktion, dem Übergang der um ihre Profite bangenden Bourgeoisie zum faschistischen Kurs hatte Stalin nichts anderes entgegensetzen, als seine Volksfrontpolitik, die auf der Leitlinie der offenen Klassenzusammenarbeit beruht. Es war dies auch das äußere Zeichen für die immer weiter fortschreitende Entartung der Bürokratie und ihrer Verstrickung in unlösbare Widersprüche.

Diese Politik fand auch bis zu dem dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangehenden Zeitpunkt keine wesentliche Veränderung. Eine Unterbrechung brachte nur der Hitlerpakt im August 1939, durch den der Faschismus zur "Geschmacksauffassung" (Molotow) wurde. Lediglich in dieser Epoche zeigte sich ein, allerdings nur kurz währendes, im Wesentlichen auf Frankreich und England beschränktes Abgehen von dieser Linie. Aber umso krasser wurde der nun folgende Fall, sobald die Sowjetunion in den Krieg gegen das faschistische Deutschland eingetreten war. Die "kommunistischen" Parteien marschierten nun Arm in Arm mit ihren nationalen Bourgeoisien, lieferten sich ihr bedingungslos aus und schlugen in fortlaufender Reihenfolge Purzelbaum auf Purzelbaum. Ihr Patriotismus kannte nun fürwahr keine Grenzen mehr. Es begann damit ein neuer Abschnitt der immer mehr fortschreitenden Entartung, der nach dem "siegreichen Abschluß des glorreichen Vaterländischen Krieges" immer noch neue Blüten trieb.

Die Lage nach Kriegsende.

Im Gefolge des Krieges war es der Sowjetunion gelungen, tief nach Mitteleuropa einzudringen, auf den Balkan vorzustossen und sich neue Machtpositionen für die Bürokratie zu sichern. Der Krieg hatte die Sowjetunion fürchterlich geschwächt, nicht nur ihr Menschenreservoir hatte einen gewaltigen Aderlaß erlitten, sondern auch der Produktionsapparat entscheidend geschwächt.

Dies ist für das Versprechen der Politik der Krenklbürokratie in den von ihr besetzten Teilen Europas von nicht zu unterschätzender Bedeutung und gibt uns den Schlüssel für die Lösung mannigfaltiger Probleme. Die Bürokratie, voll unlöslicher Widersprüche, durch ihre Politik den proletarischen Staat immer mehr in den Abgrund führend,

aber in ihrer Existenz von dessen Bestehen abhängig, ist zu ihrer heutigen expansionistischen Politik durch ihren Selbsterhaltungstrieb gezwungen. Das Um und Auf ihrer Politik ist die Sicherung der errungenen Positionen um jeden Preis, egal, welche Last dem Proletariat der besetzten Länder dadurch auch aufgebürdet wird.

Die Linie, auf der sie das durchführt, bzw. auf der sie die ihr hörigen "kommunistischen" Parteien einspannt, ist die der Klassenzusammenarbeit, wenn auch in veränderten Formen. Auch in den Ländern, in denen die Stalinbürokratie nicht in der Lage ist, sich mittels direkten Drucks seitens der Besatzungstruppen oder durch wirtschaftliche Repressalien Einflußbasen zu sichern, hält sie an dieser Grundlinie fest. Während in den besetzten Ländern eine vollständige Übereinstimmung in Verfolgung dieses Zieles festzustellen ist, zeigt sich in den übrigen Ländern eine gewisse Differenzierung, die aber einzig und allein durch die jeweilige Einstellung der betreffenden Bourgeoisie zur Sowjetunion einerseits, den imperialistischen Hauptmächten USA und Großbritannien andererseits bedingt ist.

Der Stalinbürokratie ist es in allen diesen Ländern darum zu tun, mittels ihrer "kommunistischen" Parteien einen Druck auf ihre "eigene" Bourgeoisie auszuüben, um sie so einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gefügiger und geeigneter zu machen. Auf je mehr Widerstand diese "kommunistischen" Parteien dabei stoßen, desto radikaler gebärden sie sich, aber nur mit dem einen Ziel, durch Androhung des Massendrucks der Bourgeoisie Schrecken einzujagen und ihren Ziel der Kremlbürokratie in die Hände zu arbeiten, näher zu kommen. Daß sie aber dabei nichts mehr fürchten als eine tatsächliche Revolutionierung der Massen, beweisen ihre Aktionen im Kleinen und im Großen jeden Tag aufs Neue.

Die Ergebnisse der Stalin'schen Nachkriegspolitik.

Wie bereits erwähnt wurde, zeigt sich zumindestens nach außen hin eine gewisse Differenzierung der Politik der "kommunistischen" Parteien in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten und den übrigen Ländern. Aber wenn nun die Ergebnisse dieser Politik kritisch betrachtet werden sollen, so ist die Bilanz der Prüfung eine annähernd gleiche.

In den Ländern des Ostens (Rumänien, Polen, Bulgarien, Ungarn) herrschte beim Zusammenbruch der militärischen Positionen in den Reihen der nationalen Bourgeoisien große Verwirrung. Demgegenüber konnte die Stimmung der proletarischen Massen, ja auch des überwiegenden Teiles des Kleinbürgertums als durchaus hoffnungsvoll bezeichnet werden und die Bereitschaft zu revolutionären Erhebung war zweifellos vorhanden. Der objektive Faktor war damit gegeben und an den Einmarsch der Roten Armee knüpften sich große Erwartungen.

Wie war es jedoch um den subjektiven Faktor, um die Kräfte, die diese vorhandene Bereitschaft in die richtige Bahn lenken sollten und die führende Rolle zu erfüllen hatten, bestellt? Um es kurz zu sagen, dieser subjektive Faktor war fast überhaupt nicht vorhanden, bzw. wenn man die "kommunistischen" Parteien als die dazu berufenen einschätzte, so zeigte sich sofort, daß sie nie und nimmer diese Aufgabe bewältigen konnten, da sie dies ja gar nicht wollten. Nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit erfaßte die Bourgeoisie rasch die neue Situation und verstand es ausgezeichnet, sich ihr anzupassen. Das Einverständnis zwischen ihr und der Kremlbürokratie war rasch hergestellt, was in der praktischen Auswirkung auf eine Kapitulation seitens der letzteren hinauslief. Der Bourgeoisie war es bald möglich, sich aus ihrer Abwartestaktik herauszuwachen und in ein Stadium zunächst des Sammelns und weiterhin des Vordringens zu gelangen. Der Stalinbürokratie war es nicht im Geringsten um die Massen zu tun, denn nur auf Kosten der Bourgeoisie zu helfen ist.

Die Stalinbürokratie ist in ihrer verbrecherischen Kurzsichtigkeit der Meinung, der von Seiten der Bourgeoisie drohenden Gefahr

x Faktoren

durch Zusammenarbeit mit ihr zu entgehen, anstatt sich auf den einzigen wirklichen Verbündeten, das Weltproletariat, zu stützen. diese Politik führt nur zu einer Stärkung der Bourgeoisie; die Stalinbürokratie bringt damit den proletarischen Staat dem Abgrund immer näher.

Die Regierungen der sogenannten "Nationalen Front" dienen nur dazu eine eventuelle Revolutionierung der Massen abzufangen und mittels des militärischen und wirtschaftlichen Drucks auf die Bourgeoisie diese von einem Bündnis mit den westlichen Imperialisten abzuhalten. Stalin stützt sich dabei bedenkenlos auf alles, aus welcher Richtung immer es auch kommt, ja selbst auf die äußerste Rechte.

Die Ergebnisse dieser Politik können nur eine immer weitergehende Verelendung der Massen sein. Die riesigen Forderungen der Bürokratie in Form von Reparationen und sonstigen Entschädigungen werden aus den Massen herausgequetscht, Lebensniveau heute tiefer ist denn je. Der Bankrott der Stalinbürokratie ist offensichtlich; nur ihre terroristischen Methoden machen es möglich, die überall aufkommende revolutionäre Gärung hintanzuhalten. Stärkung der Bourgeoisie, Verelendung der breiten Massen des Proletariats und damit letzten Endes Schwächung der SU, das sind die Ergebnisse "realistischer" Stalin'scher Politik.

In den Ländern, in denen sich die Stalinbürokratie nicht auf ihren militärischen Machtapparat stützen kann, ist die Entwicklung eine analoge und die Ergebnisse sind auch dementsprechend. Die "kommunistischen" Parteien sind die treibenden Faktoren der Klassenzusammenarbeit geworden, ihr Nationalismus kennt keine Grenzen, sie sind dadurch die wirksamsten Helfershelfer der Bourgeoisie. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, der Bourgeoisie zu ermöglichen, ihre momentane Krise zu überwinden und ihr Leben zu verlängern.

Diese Periode der Konzentrations- und Koalitionsregierungen hat das Proletariat geschwächt, bereitet Niederlagen vor. Diese Politik dient nur dem einzigen Zweck, auf dem Weg über die "kommunistischen" Parteien sich innerhalb des kapitalistischen Staatsapparates gewisse Positionen zu sichern, von denen aus ein Druck auf die Bourgeoisie ausgeübt werden kann in Richtung einer außenpolitischen Orientierung auf die Sowjetunion. Die Interessen des Proletariats, vor allem die Zukunftsinteressen werden bedenkenlos preisgegeben gegenüber und zugunsten vorübergehender Zugeständnisse in der Richtung einer wenn auch noch so bescheidenen Annäherung an die machtpolitischen Interessen der Bürokratie. Das Ergebnis kann nur zu einer immer schärfer werdenden Ausbeutung der Massen führen. Der einzige Nutznießer ist die Bourgeoisie, und die sich heute "in ihren Konturen abzeichnende allimperialistische Front unter der Führung der USA nimmt immer festeren Formen an.

Unsere Aufgaben.

Der Bourgeoisie war es möglich, den Krieg ohne proletarische Revolution zu überleben und dank der Stalinparteien ihren angeschlagenen Staatsapparat zu reorganisieren. Die Hoffnungen, die von den Massen auf die beiden "Arbeiterparteien" gesetzt wurden, sind ausgiebig enttäuscht worden und diese Erkenntnis beginnt sich, wenn auch zunächst nur langsam durchzusetzen. Die ursprünglich voll Illusionen getragene Stimmung der Massen beginnt einer wachsenden Unzufriedenheit zu weichen, die sich vor allem gegen die Parteien richtet, die vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Der Krieg ist nun seit mehr als einem Jahr zu Ende und die Bourgeoisie ist, mit eifriger Unterstützung seitens SP - KP bemüht, die Kosten auf die Massen abzuwälzen. Die kommunistischen

* deren xx bereits

Parteien sehen sich in nicht allzu ferner Zukunft bei offener Fortsetzung ihrer Koalitionspolitik, bei offener Aufrechterhaltung der Klassenzusammenarbeit davon bedroht, ihre Massenbasis zu verlieren. Nicht oft genug konnten sie ihre Mitverantwortung für die auf so wunderbare Art und Weise erneuerten "demokratischen" Staaten zum Ausdruck bringen und immer wieder betonen; jetzt aber, wo die Ergebnisse sichtbar zu werden beginnen, schwant ihnen Unheil.

Unter diesem Gesichtswinkel sind die eventuell kommenden Wendungen in der Phraseologie der "kommunistischen" Parteien zu verstehen. Sie fürchten, ihre in einigen Ländern gewonnene Massenbasis zu verlieren, daher werden sie ihr Vokabular ändern, aber all dies nur darum, ihre eigenen bürokratischen Interessen zu wahren.

Die sich allmählich, wenn auch nur vorübergehend bis zur nächsten Krise, wieder festigende Bourgeoisie, eifrig sekundiert durch den angloamerikanischen Imperialismus, soll dadurch veranlaßt werden, weiterhin den Koalitionsweg mit den "kommunistischen" Parteien zu gehen. Die Kapitalistenklasse kann ihre ramponierte Position aber nur festigen und ihre Profite aufrechterhalten im ständigen Kampf gegen die Massen und sie führt diesen Kampf auch mit Konsequenz. Die Folge ist eine Verschärfung der Widersprüche in der Politik der "kommunistischen" Parteien. Einen wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen sind sie unfähig, obwohl dies der einzige Weg ist, dem Proletariat wirklich zu helfen; andererseits sind sie aber gezwungen, zu den Forderungen der Massen Stellung zu nehmen. Daraus sucht sie nun unter Zuhilfenahme aller Mittel der Demagogie einen Ausweg zu finden.

Über ein Jahr wurden die Massen mit den hinterhältigsten Mitteln hingehalten und ihnen für die Zukunft das Blaue vom Himmel versprochen; nur jetzt müßten "alle" Opfer bringen, "alle" müßten mithelfen, um "unsere" (lies kapitalistische) Wirtschaft wieder aufzubauen, "unseren" Staat wieder zu festigen; jetzt müßten alle "eigennützigen" Interessen zurückgestellt werden usw. Aber in diesem einen Jahr wurden nur von einer Seite Opfer gebracht. Die Massen beginnen das grausame Spiel zu durchschauen, sie sind immer weniger gewillt, für fremde Interessen die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sie fordern immer energischer die Einlösung der zahllosen Versprechen, die ihnen gegeben wurden und die nicht eingehalten werden. Die "kommunistischen" Parteien wissen nur zu gut, daß das heute nur laise vernehmbare Grollen morgen zum Orkan anschwillt und dann ihre Stunde geschlagen hat; dem suchen sie sich bereits heute anzupassen und geben ihrer Politik da und dort eine "Wendung", wenn auch nur in Phrasen.

Wenn nun die Stalinparteien tatsächlich, zunächst in Italien aus der Regierung austreten sollten, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, ja sogar sehr wahrscheinlich, daß sich in Teilen der Arbeiterklasse eine neue Illusionswelle bemerkbar macht. Daher müssen wir dieser neuen Möglichkeit schon heute entgegensehen, sie schon heute als das aufzeigen, was sie ist und was sich hinter ihr verbirgt. Der Versuch der Stalinparteien wäre nicht neu; die SP hat dieses Manöver z.B. in Österreich schon 1920 aufgeführt. Nachdem sie von 1918-20 mit Erfolg bemüht war, der angeschlagenen Bourgeoisie wieder auf die Beine zu helfen, trat sie 1920 aus der Regierung aus und setzte die Koalitionspolitik fort - aus der Opposition heraus. Nirgends steht es geschrieben, daß die Politik der Klassenzusammenarbeit, die Koalitionspolitik nur innerhalb der Regierung betrieben werden kann. Das ist nur die auffallendste, am unmittelbarsten ins Auge springende Form; aber genau so, wie sie sogar in der Spielart der SP- oder KP-Allainregierung getrieben werden kann, so auch in dieser Gestalt.

Diesen Möglichkeiten müssen wir entgegen treten. Mit der Koalitionspolitik, sei es innerhalb oder außerhalb der Regierung, ist immer die Anerkennung des bestehenden Zustandes verknüpft, die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie, die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats. Es muß den Massen klargemacht werden, daß nur konsequenter Kampf gegen die Bourgeoisie zum Sieg führen kann.

E I N S C H R I T T V O R W Ä R T S

Der "Zwischenfall" am Jugendtag auf dem Rathausplatz, wo die Sozialistische Jugend das Konzept Hurdas, Weinberger & Co, aber auch das von deren Lakaien, der Körner & Co., verdarb und die reaktionären Jugendorganisationen vom Schöplplatz vertrieb, signalisiert die Radikalisierung der proletarischen Jugend. Die Spitzen der Sozialistischen Jugend (SJ), selbst schon ganz-u. halbbürokratisiert, machten gute Mine zum bösen Spiel: sie zerkrachten sich selbst mit den Hurdas & Co, denen in dieser Situation, wie immer, wenn es kritisch um die Interessen der Bourgeoisie steht, die Körner & Co, beistanden und sich gegen den eigenen bürokratischen Nachwuchs, die SJ-Spitzen, wandten. Am Nachmittag des Jugendtages löste die Bourgeoisie, erobert über ihre Schlappe am Vormittag, das "Jugendparlament" ganz einfach mittels Polizei auf, weil sie befürchten mußte, bei der Diskussion über das von der Bourgeoisie der Jugend zugedachte "Freiwillige Arbeitsjahr" die Meinung der proletarischen Jugend zu hören zu bekommen!

Die SP bezog in der "Arbeiter-Zeitung" eine Doppelstellung: einmal stimmte sie der Aktion der SJ zu, begrüßte ihren Vorstoß, dann aber mahnte sie tags darauf zur "Disziplin"! Die raffinierten SP-Bürokraten, welche die proletarische Jugend, ihre Kampfkraft nur ausnützen, konnten auch nicht anders als diesen betrügerischen Standpunkt zu beziehen: sie wollen die Arbeiterjugend hinter sich behalten, darum stimmten sie scheinheilig ihrer Aktion zu - aber sie fürchten gleichzeitig die Kampfkraft der Jugend, ihre Entschlossenheit, darum widerrufen sie sich selbst am nächsten Tag und reden von "Disziplin" - d. h. fordern die Unterwerfung der Arbeiterjugend unter das bürokratische Kommando!

Die Stalinpartei zeigte wieder einmal ihre ganze Verkommenheit. Zersetzt sie sowieso schon die Arbeiterjugend, die kostbare Zukunft der Klasse, durch ihre politische Heuchlerei, so warte sie es, anlässlich der Aktion am Jugendtag vom "Mißbrauchen der Jugend für engstirnige Parteiinteressen" zu reden. Wo gerade die SJ sich an diesen "Parteiinteressen", lies: Interessen der SP-Bürokratie, veründigt hatte! Aber die Stalinbürokraten sehen eben nichts anderes als die Konkurrenzinteressen der SP: daß der proletarische Kern der SJ einmal kräftig über die Stränge schlägt, in welche sie die SP-Bürokratie sonst einsperrt, das geht über den Verstand eines Stalinbürokraten hinaus!

SP und Stalinpartei, beide Verräter an den Grundinteressen des Proletariats, sind somit auch Verräter an der proletarischen Jugend. Die proletarische Jugend ist heute weit zurückgeworfen: sie, die sonst die Vorhut der Klasse gewesen, beginnt erst langsam wieder zu gesunden, ihr proletarisches Bewußtsein zu gewinnen. Jahrzehntelang laufender Verrat von SP und Stalinpartei am Proletariat hat auch in der Arbeiterjugend seine tiefen Spuren hinterlassen; Faschismus und imperialistischer Krieg, beide durch SP-u. Stalinverrat herbeigeführt, vollendeten das Werk. Und beide, SP und Stalinpartei, heute von den Massen hinaufgehoben, tun alles, um das wirkliche, revolutionäre Erwachen der proletarischen Jugend zu verhindern. Aber vergeblich: die Aktion am Jugendtag, welche Bourgeoisie, SP- und Stalinpartei unter Mißbrauch der proletarischen Jugend zu einer Demonstration der Klassenversöhnung machen wollten, hat gezeigt, daß die proletarische Jugend zu erwachen beginnt, daß sie den ersten Schritt nach vorwärts macht. Folgt die Arbeiterjugend heute noch falschen Führern, schenkt sie vorwiegend ihr Vertrauen den jugendlichen Greisen der SP-Bürokratie, die an der Spitze der SJ stehen: morgen wird die proletarische Jugend ihren revolutionären Geist wiedergewinnen mit Hilfe der Besten unter ihr, die heute schon die Verräterrolle von SP und Stalinpartei erkennen und bereit sind, an der neuen Klassenpartei des Proletariats, an

der IV. Internationale mitzubauen. Diesen revolutionären Teil der Arbeiterjugend zu sammeln, ihn zum Ausgangspunkt des revolutionären Erwachens der ganzen Arbeiterjugend zu machen, ist unsere Aufgabe. Die Zeit wird reif: das hat die Aktion am Jugendtag gezeigt: Sie w a r ein Schritt vorwärts!

=====

BERICHTIGUNGEN:

Im "Spartakist" Nr. 11 (August/September 1946), Seite 8, achtzehnte Zeile von oben soll es statt "Strömung" richtig "Lösung" heissen.

In derselben Zeitung, Seite 12, fünfzehnte Zeile von oben soll es statt "Chacheroi" richtig "Charleroi" heissen.

=====

N. LENIN: "Wir aber trennen uns von den Opportunisten. Und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampfe nicht für eine 'Verschiebung der Machtverhältnisse', sondern für den S t u r z der Bourgeoisie, für die Z e r s t ö r u n g des bürgerlichen Parlamentarismus, für die demokratische Republik von der Art der Pariser Komune, oder eine Republik der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

L. TROTZKI: "... Der Kampf, der bevorsteht, übersteigt bei weitem die Kräfte einzelner Menschen, Fraktionen oder Parteien. Es ist der Kampf um die Zukunft der ganzen Menschheit. Er wird hart sein. Wer physische Ruhe und seelischen Komfort sucht, der trete beiseite.... Aber alle, für die der S o z i a l i s m u s kein leeres Wort ist, sondern der Inhalt des sittlichen Lebens - vorwärts!.... Denn, meine Freunde, das menschliche Glück besteht nicht in der Ausnutzung der Gegenwart, sondern in der Vorbereitung der Zukunft!...."

L. TROTZKI: "Die IV. Internationale erhebt sich auf den Schultern ihrer drei Vorgängerinnen. Die Schläge sausen auf sie ein von vorne, von der Seite und von hinten. Karrieristen, Feiglinge, Philister haben in ihren Reihen nichts zu suchen. Der zu Beginn unvermeidliche Einschlag von Sektierern und Abenteurern siebt sich mit dem Wachsen der Bewegung heraus. Mögen Pedanten und Skeptiker mit den Schultern zucken über die "kleinen" Organisationen, die so "kleine" Zeitungen herausgeben und der ganzen Welt den Fehdehandschuh hinwerfen. Ernst Revolutionäre gehen mit Verachtung an den Pedanten und Skeptikern vorüber. Die Oktoberrevolution ging auch einmal in Kinderschuhen...."

F. LASSALLE: "Nie h a t, nie w i r d eine Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles was eine Versammlung je gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen s c h o n v o l l z o g e n e n Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt."

=====